**Partei DIE LINKE**

**Kreisverband .............**

**Anschrift**

**Partei DIE LINKE**

**Geschäftsführender Parteivorstand**

**Kleine Alexanderstraße 28**

**10178 Berlin**

**Antrag auf Durchführung eines Mitgliederentscheides gemäß § 8 Abs. 1 Bundessatzung**

Der Kreisverband DIE LINKE .......... beantragt gemäß § 8 Abs. 2 a i. V. m. Abs. 1 Bundessatzung die Durchführung eines Mitgliederentscheides zu folgendem Abstimmungsgegenstand:

Humanistische Friedensbündnisse aktiv unterstützen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Wir, die Mitglieder der Partei DIE LINKE, beauftragen den Parteivorstand sicherzustellen, dass sich DIE LINKE entsprechend unseres Programms aktiv, partnerschaftlich und sichtbar an gesellschaftlichen Friedensbündnissen beteiligt, die grundsätzlich von einer humanistischen Grundhaltung geprägt sind. Beispiele für solche Bündnisse sind „Stoppt das Töten in der Ukraine - für Waffenstillstand und Verhandlungen“, der „Aufstand für Frieden“ und die Ostermärsche. Die aktive und partnerschaftliche Unterstützung durch DIE LINKE ist die wesentliche Bedingung dafür, dass Unterwanderungs- und Missbrauchsversuche durch extreme Rechte zurückgewiesen werden können. Wir wollen unsere linke Friedenspolitik auf der Straße, in den Diskussionen mit andersdenkenden Demokratinnen und Demokraten vertreten und dafür Unterstützung und Rückhalt bei den Vorständen der LINKEN erhalten.

Ich unterstütze / wir unterstützen den vorstehenden Antrag: [Ja] [Nein]«

Begründung:

„Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik“ und „Für DIE LINKE ist gelebter Antifaschismus verbunden mit dem Kampf gegen Kriegstreiberei (…)“ - diese Grundlage des Erfurter Programms unserer Partei ist ein klarer Auftrag, uns aktiv, partnerschaftlich und sichtbar an humanistischen Friedensbündnissen zu beteiligen. Millionen Flüchtende aus und in der Ukraine, Hunderttausende tote und verletzte Menschen sowie ein zerstörtes Land sind nach über einem Jahr russischem Angriffskrieg zu verzeichnen. DIE LINKE ist in der Verantwortung, sich für eine Politik einzusetzen, die dauerhaft gerechten Frieden ermöglicht - in der Ukraine und überall sonst auf der Welt. Dieses Ziel auch in einer Zeit anzustreben und zu verteidigen, in der die Waffen weit entfernt davon sind, zu schweigen und in der immer mehr davon zu Kriegsschauplätzen geliefert werden, ist eine historische Verantwortung für unsere Partei und ihre Mitglieder. Allein die Forderung nach Frieden und Waffenstillstand ist selbstverständlich bei weitem nicht ausreichend für einen gerechten Frieden. Sie ist jedoch eine notwendige Voraussetzung und Orientierung dafür, kriegstreibender Eskalation etwas entgegenzusetzen.

Die Sehnsucht von Millionen Menschen in diesem Land nach einer friedlichen Welt kann auch missbraucht werden. Parteien und Organisationen der extremen Rechten streben danach, diese Friedenssehnsucht für ihre menschenverachtende Politik zu instrumentalisieren. Der antifaschistische Grundkonsens unserer Partei gebietet es, dass wir uns geschlossen jeglichen dieser Unterwanderungsversuche entgegenstellen. Das wird nicht vom Rand des politischen Spielfeldes aus gelingen. Vielmehr ist die aktive Beteiligung unserer Partei an humanistischen Friedensbündnissen dafür notwendig.

Die Beschlüsse und Positionierungen des Parteivorstandes erfüllen diese Aufgaben nicht hinreichend. Es ist unserer Partei deshalb bisher leider nicht gelungen, ihre friedenspolitischen Haltungen jenseits von Reden, Erklärungen, Beschlüssen und Anträgen wirksam auf den Straßen und Plätzen dieses Landes zum Ausdruck zu bringen. Zudem dürfte eine Partei allein schwerlich in der Lage sein, eine breit getragene Friedensbewegung zu erzeugen. Sie ist vielmehr darauf angewiesen, sich an breiten, humanistischen Bündnissen zu beteiligen und in diesen ihre Positionen auf Augenhöhe mit allen anderen Partnerinnen und Partnern einzubringen. DIE LINKE kann und muss verhindern, dass in solchen Bündnissen Rechtsradikale Fuß fassen, daher muss sie Bestandteil dieser sein, um ihre antifaschistische Grundhaltung dort wirksam zu machen.

Dieser Mitgliederentscheid soll dem Parteivorstand dabei helfen - in einer komplizierten politischen Lage und ausgehend von der damit verbundenen Positionierung der Mitgliedschaft - DIE LINKE zu einer wahrnehmbaren und eindeutigen Kraft im Ringen um gerechten Frieden in der Ukraine und weltweit zu machen. „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ist unsere Botschaft.

Der Kreisverband benennt als Vertrauenspersonen gemäß § 2 Abs. 2 c der Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei DIE LINKE:

 **André Schollbach**

 **Volker Steinke**

 **Martin Rutsch**

Dem Antrag sind die entsprechenden Dokumente/Protokolle der Beschlussfassung des antragstellenden Kreisverbandes bzw. des für diesen handelnden Stadt-/Kreisverbandes in

 **Anlage**

beigefügt.

................................................ .................................................

(Vorsitzende/Co-Vorsitzende) (Vorsitzender/Co-Vorsitzender)

**Kreisverband .......... Kreisverband ...........**